



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Abfallwirtschaft
am 19.05.2011
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Hartmut Leefers
Abg. Reinhard Frick
Abg. Marcus Blanken
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg.e Hedda Braunsburger
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Manfred Wernecke

Vertretung für Abgeordneten Ralf Borngräber

Vertretung für Abgeordneten Rüdiger Bruns
16:10 Uhr bis 16:20 Uhr

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
Dipl.-Ing. Hans-Wilhelm Schröder
VA Gerd Holtermann

Entschuldigt:

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Abfallwirtschaft am 03.11.2010
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Entsorgungsvertrag Altpapier
Vorlage: 2006-11/1122
- 6 Entsorgungsvertrag Sperrmüll/Elektroaltgeräte
Vorlage: 2006-11/1123
- 7 Entwicklung der Abfallmengen
Vorlage: 2006-11/1127
- 8 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende **Leefers** begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, der Verwaltung, den Vertreter des Beratungsbüros ATUS, Herrn **Dr. Tiesel**, sowie die zahlreichen Zuhörer und die Pressevertreter.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Abfallwirtschaft am 03.11.2010**

Die Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Abfallwirtschaft am 03.11.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Erster Kreisrat **Dr. Lühring** berichtet, dass

- der Baubeginn für den Ersatz der Fahrzeughalle in Helvesiek aus dem Jahre 1978 bevorstehe. Der Auftrag sei an die Firmen Meyer aus Groß Meckelsen und Elektro-Koslowski, Scheeßel, vergeben worden.
- die Zusammenarbeit von Remondis mit Behrens & Behrens bei den Grünabfalltransporten zum 30.06.2011 beendet werde. Remondis werde die Transporte von den Sammelplätzen zur Zeko ab 01.07.2011 mit eigenen Containern selbst durchführen.
- die Sammlung der im Verantwortungsbereich der Wirtschaft liegenden Gelben Säcke zum 01.01.2012 neu vergeben werde. Es gebe zzt. 9 Systembetreiber. Neben Tochterfirmen von Entsorgern gebe es auch die freien Systembetreiber Landbell, Redual und DSD. Die Ausschreibung für das Gebiet des Landkreises Rotenburg (Wümme) sei Redual zugelost worden.
- die Abg. Brand angeregt habe, über die Beschaffung eines Geschirrmobiles für den Einsatz auf Dorf- und Vereinsfesten nachzudenken. Die Kosten würden ca. 20.000 € betragen. Nach den Erfahrungen benachbarter Landkreise entstehe allerdings ein erheblicher Aufwand für die Ersatzbeschaffung von Geschirr und für die Nachreinigung. Der Abfallwirtschaftsbetrieb werde spätestens zu den Beratungen des Wirtschaftsplanes 2012 einen Vorschlag unterbreiten.
- er aufgrund der zahlreichen Zuhörer zur geplanten Bauschuttdeponie in Haaßel den derzeitigen Verfahrensstand darstellen wolle. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung sowie nachfolgend der Kreisausschuss hätten sich mit der Sache befasst und eine Stellungnahme zu dem Vorhaben an das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg beschlossen. Für die beantragte Deponie benötige der Antragsteller zudem noch ein Grundstück, was sich im Eigentum des Landkreises befinde und zurzeit nicht veräußert werden solle. Damit könne die jetzige Planung nicht realisiert werden. Die bereits veräußerten Grundstücke im nördlichen Plangebiet seien allerdings erschlossen verkauft worden. Sollte sich der Landkreis daher der Bewilligung einer Baulast hinsichtlich der Erschließungsstraße auch für die ursprüngliche – kleinere – Planung verschließen, könnte dies zu zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen führen. Für die Realisierung einer kleineren Lösung müsste der Antragsteller einen neuen Antrag an das Gewerbeaufsichtsamt stellen. Daneben sei auch denkbar, aus dem bestehenden Antrag die südlichen Flächen herauszunehmen. Sobald jedoch größere Umplanungen erfolgten, sei ein neuer Antrag erforderlich.

Punkt 5 der Tagesordnung: Entsorgungsvertrag Altpapier

Erster Kreisrat **Dr. Lühring** berichtet, dass die Rechtsänderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes entgegen der ursprünglichen Annahme voraussichtlich nicht in diesem Jahr abgeschlossen werde. Daher solle die ausgesprochene Kündigung des Altpapierentsorgungsvertrages mit Firma Oetjen nicht zum 31.12.2011, sondern erst zum Jahresende 2012 wirksam werden.

Beschlussempfehlung:

Die Kündigung des Entsorgungsvertrages Altpapier vom 11.06.2010 wird zurückgenommen. Gleichzeitig wird der Vertrag zum 31.12.2012 gekündigt. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die privaten Sammlungen geduldet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: Entsorgungsvertrag Sperrmüll/Elektroaltgeräte

Erster Kreisrat **Dr. Lühring** führt aus, dass dieser Tagesordnungspunkt zwei Punkte enthalte. Zum einen solle der Entsorgungsvertrag nach Ablauf der Mindestvertragslaufzeit gekündigt und neu ausgeschrieben werden. Bei der letzten Ausschreibung habe der günstigste Bieter nicht den Zuschlag erhalten dürfen, da er nicht alle Unterlagen vorgelegt habe. Es werde daher bei einer Neuvergabe ein besseres Ergebnis erwartet

Weiterhin beinhalte die Vorlage die Einstellung der Straßensammlung.

Abg. **Keller** berichtet, dass es bereits vor Jahren ein reines Kartensystem gegeben habe. Aufgrund der Erfahrungen sei das jetzige System aus Kombination aus Karten- und Straßensammlung eingeführt worden. Die Erfahrungen beim reinen Kartensystem hätten damals gezeigt, dass dieses zu einer Landschaftsvermüllung führe und die Hemmschwelle zum Beantragen einer Abholung zu hoch gewesen sei. Nach seiner Ansicht werden bei den Straßensammlungen brauchbare Gegenstände durch z. B. Studenten weiter genutzt. Die Straßensammlung solle daher beibehalten werden. Herr **Schröder** führt aus, dass er keine Vermüllung der Landschaft bei einem reinen Kartensystem befürchte. Seinerzeit habe sich besonders der Kirchenkreis Bremervörde-Zeven mit sozialen Argumenten für eine Wiedereinführung der Straßensammlung eingesetzt. Heute würde jedoch nicht mehr vorrangig die heimische Bevölkerung nach brauchbaren Gegenständen suchen, sondern private Sammler aus überwiegend osteuropäischen Ländern. Diese seien aber weniger an brauchbaren Gegenständen, sondern vielmehr an Wertstoffen interessiert. Dem Gebührenhaushalt würden damit Wertstoffe entzogen und könnten sich daher belastend auf die Ausschreibungspreise auswirken. Darüber hinaus empfinde die Bevölkerung die privaten Sammler zunehmend als belästigend, zumal es auch vermehrt zu Diebstählen komme. Im Übrigen würden sämtliche umliegenden Landkreise ausschließlich Kartensammlungen anbieten. Es sei davon auszugehen, dass die Mengen bei einer Umstellung zunächst zurückgehen, aber nach einiger Zeit wieder stabilisieren würden. Der Abg. **Oetjen** ist dafür, die Straßensammlungen beibehalten. Er berichtet von Informationen, wonach bei Kartensammlungen nicht alle bereitgestellten Gegenstände mitgenommen worden seien. Herr **Schröder** ergänzt, dass die Höchstmenge bei Karten- und Straßensammlungen jeweils 4 cbm betrage; es würden jeweils nur mitgenommen, was dem Sperrmüll zuzurechnen sei. Nach Auffassung des Abg. **Bussenius** gebe es zwar Diebstähle im Zusammenhang mit Straßensammlungen, doch wisse die Bevölkerung das und treffe entsprechende Vorkehrungen. Den Vandalismus schätze er nicht als so schlimm ein, zumal die Sammler auch bei ausschließlichen Kartensammlungen tätig würden. Betriebswirtschaftlich müsse die Straßensammlung wirtschaftlicher zu betreiben sein als eine reine Kartensammlung. Eine Aufrechnung mit entgangenen Wertstoffen müsse nach seiner Einschätzung zu vergleichbaren Kostenhöhen führen. Auch im Hinblick auf soziale Komponenten solle die Straßensammlung beibehalten werden. Abg. **Braunsburger** meint, dass gerade sozialschwache Familien die Sperrmüllstraßensammlungen zum Zwecke der Wohnungseinrichtung nutzen würden. Es sei besser, nutzbare Gegenstände weiter zu verwenden als zu entsorgen. Nach ihrem Empfinden sei die nächtliche Ruhestörung durch private Sammler nicht als so gravierend einzuschätzen, die Straßensammlung solle daher beibehalten werden. Herr **Schröder** führt dazu aus, dass zwar bei einer Sperrmüllsammlung die Gegenstände nicht weiter für die ursprüngliche Nutzung zur Verfügung stünden, sie aber dennoch stofflich verwertet würden. Der Abg. **Pape** berichtet, dass nachts fremde Fahrzeuge unterwegs seien und es dabei Diebstähle gebe. Abg. **Petersen** bestätigt diese Auffassung, die Bevölkerung habe sich aber daran gewöhnt und sei entsprechend sensibilisiert. Für den Abg. **Wernecke** wäre ein reines Abrufverfahren akzeptabel, wenn alles mitgenommen würde, auch wenn es nicht angefordert worden sei. Auch stelle er fest, dass die Sammler zunehmend neuere Fahrzeuge einsetzen und er den Eindruck habe, dass Objekte für Einbrüche sogar ausgekundschaftet würden. Für den Abg. **Frick** gibt es für und gegen die Straßensammlung Argumente. Er plädiert für einen erneuten Versuch einer ausschließlichen Kartensammlung, zumal die Anmeldungen zwischenzeitlich auch über das Internet erfolgen können. Dieses würde

auch zunehmend von z. B. Senioren genutzt. Der Abg. **von Bothmer** regt an, auf den Sperrmüllkarten noch deutlicher aufzuführen, welche Gegenstände nicht zum Sperrabfall zählen.

Vorsitzender **Leefers** stellt zunächst die Abschaffung der Straßensammlung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	2

Beschluss:

Der Entsorgungsvertrag Sperrmüll/Elektroaltgeräte mit Firma REMONDIS GmbH & Co. KG vom 29.08.2008 wird zum 30.06.2012 gekündigt; die Leistungen werden neu ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 7 der Tagesordnung: Entwicklung der Abfallmengen

Vorsitzender **Leefers** berichtet, dass die vertraglich mit der Stadtreinigung Hamburg vereinbarte Liefermenge an Hausmüll von jährlich 30.000 t nicht mehr erreicht würden und nunmehr versucht werden solle, die fehlende Menge anderweitig zu akquirieren. Erster Kreisrat **Dr. Lühring** ergänzt, dass 1995 die Entscheidung zum Bau einer neuen Hausmülldeponie angestanden habe. Es habe sich damals jedoch die Möglichkeit ergeben, zusammen mit Nachbarlandkreisen ein Kontingent bei der MVR in Höhe von 120.000 t jährlich zu sichern; der Anteil des Landkreises Rotenburg (Wümme) hieran betrage 30.000 t jährlich. Zwischenzeitlich seien die Abfallmengen zurückgegangen. Es fehle derzeit jährlich eine überschaubare Menge von ca. 2.000 t. Dafür solle ein Betrieb gewerblicher Art gegründet werden. Der Abfallwirtschaftsbetrieb trete dann als Marktteilnehmer in Konkurrenz zu privaten Unternehmen. Für die Abg. **Braunsburger** stellt es sich als bitter dar, dass nunmehr zur Erfüllung des Vertrages Abfallmengen eingeworben werden müssten. Vorsitzender **Leefers** stellt fest, dass der Rückgang der Abfallmengen im Wesentlichen durch den Entzug der Gewerbeabfälle entstanden sei. Den Gewerbebetrieben sei es möglich, die Abfälle kostengünstiger als über den Landkreis zu entsorgen. Würden die 2.000 t nicht vermarktet, hätte der Gebührenzahler die Kosten trotzdem zu tragen, andernfalls könne der Gebührenzahler entlastet werden. Abg. **Oetjen** und **Petersen** fragen nach der Einbeziehung der benachbarten Vertragspartner. Hierzu führt Erster Kreisrat **Dr. Lühring** aus, dass die Vertragspartner 2011 ein Kontingent von 1.000 t in Anspruch nehmen würden. Herr **Schröder** verweist auf die der Einladung beigefügte Grafik, aus der ersichtlich sei, dass der Mengenrückgang erst in den Folgejahren nach Vertragsabschluss eingetreten sei. Abg. **Bussenius** stellt fest, dass nach der Grafik sich das Müllaufkommen nachvollziehbar reduziert habe.

Beschlussempfehlung:

Innerhalb des Abfallwirtschaftsbetriebes wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein Betrieb gewerblicher Art gebildet. Die Aktivitäten orientieren sich an den überlassenen Abfallmengen in Verbindung mit bestehenden Entsorgungsverträgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8 der Tagesordnung: Anfragen

Abg. **Keller** erkundigt sich nach dem Pilotprojekt für die Abgabe von Elektrokleingeräten auf den Grünsammelplätzen in Bothel und Tarmstedt. Herr **Schröder** berichtet, dass der Versuch bereits seit ca. 6 Monaten laufe und gut angenommen werde. Es sei beabsichtigt, entsprechende Behälter auf allen Sammelplätzen aufzustellen, sobald eine geeignete Übergabestelle vorhanden sei.

Abg. **Petersen** erkundigt sich nach den Auswirkungen der Schwankungen bei den Altpapierpreisen auf den Gebührenhaushalt Abfallwirtschaft. Herr **Schröder** führt aus, dass der Landkreis feste Preise vereinbart hätte.

Vorsitzender **Leefers** schließt um 15.25 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und unterbricht die Sitzung, um den Zuhörern Gelegenheit zu geben, Fragen insbesondere zur Bauschuttdeponie Haaßel zu stellen. Wortmeldungen hierzu gibt es jedoch nicht.

Um 15.35 Uhr wird vom Vorsitzenden **Leefers** der nichtöffentliche Teil der Sitzung eröffnet.

Vorsitzender
(Leefers)

Erster Kreisrat
(Dr. Lühring)

Protokollführer
(Holtermann)